



# DER **KLEINE** POPULIST

Sonderausgabe zur Wiederholung der Abgeordnetenhauswahl 2023

## Vertrauen Sie der Regierung!?

**Es geht bergauf!**



Unser kleiner Populist ist unzufrieden! Alles wird teurer, nüchtern klappt mehr, die Menschen geraten mehr und mehr unter Druck und die Medien erzählen sonst was. O.k.: Mal gute Zeiten und mal schlechte Zeiten - aber die letzten Jahren waren ja nur noch eher schlechte Zeiten. Und der Blick in die Zukunft ist nicht vertrauenswürdig. Doch etwas ist dem kleinen Populisten dabei klar geworden: Es liegt nicht am

Klima oder so, es liegt an der Politik: Eine jahrzehntelange, desaströse Euro-Politik, die unser Geld entwertet, eine Energiewende, die nichts bringt außer kalte Wohnungen und eine undiplomatische Außenpolitik, die hauptsächlich Deutschland schadet. Dafür verteilen wir unser Bruttosozialprodukt und unsere Steuern mit vollen Händen in die ganze Welt und das oft sinn- und zwecklos. So kann ja es nicht besser werden. Die

Parteien, die schon immer am Drücker waren, haben das herbeigeführt, schwurbeln stets von „tun was“, ändern aber letztendlich nichts. Wollen sie auch gar nicht. Eine Veränderung - und zwar zum Besseren - muss vom Bürger ausgehen. Zeigen sie, dass es so nicht weitergehen kann. Wählen Sie eine echte alternative Partei. Es gibt übrigens nur eine.

Die Alternative für Deutschland.

Es ist noch nicht zu spät, Ihnen alles Gute für das neue Jahr zu wünschen! Sie können aber auch selbst etwas dafür tun!

**Und zwar am 12. Februar!**

**Mit besten Wünschen für 2023!**

Ihre

*Jeannette Auricht*



# Energieknappheit? Schuld der Altparteien!

Steigende Preise bei Gas und Strom, Benzin und Diesel: Man redet uns ein, wir müssen für alles mehr zahlen, weil Russland Krieg führt. Doch stimmt das so pauschal? Nein. Die Preisentwicklung ist hausgemacht, die Probleme sind hausgemacht! Die Altparteien sind verantwortlich für die Preis-Eskalationen. Sie haben durch politische Entscheidungen diese Krise in Berlin und Deutschland verursacht. Und sie verschlimmern die Lage durch immer neue Fehler weiter. **Sie müssen abgewählt werden.**



Erstes Beispiel, die Energiewende: Ob CDU oder SPD, Grüne oder Linke: Sie alle setzen auf „Erneuerbare“, sie alle wollen den Kohleausstieg. Sie alle sind für den Ausstieg aus der sauberen und sicheren Kernkraft. Die Altparteien haben unsere Sicherheit im Energiesektor geopfert. Sie haben ignoriert, dass die Sonne nicht immer scheint und Wind nicht immer weht. **Die Altparteien sind damit verantwortlich für das gescheiterte Experiment namens „Energiewende“!**

Zweites Beispiel, Sanktionen gegen Russland. Sie haben nicht im Februar 2022 begonnen, als Russland die Ukraine angriff. Die ersten Sanktionen sind acht Jahre alt! 2022 wurde alles noch mal bedeutend verschärft. Deutschland hat sich selbst ins Bein geschossen, seine Wirtschaft vom russischen Markt abgeschnitten und eine Gas-Knappheit provoziert. **Putin bleibt trotz Sanktionen „im**

**Amt“, aber unsere Bürger müssen bald „aufs Amt“!** Zum Beispiel, um Hilfen zu beantragen, weil sie ihre Strom- oder Gasrechnung nicht begleichen können. Auch das ist die Schuld der Altparteien!

Beide Themen – Energiewende und Sanktionspolitik – sind gemeinsame Themen aller (!) Altparteien. Nur die Alternative für Deutschland tritt mit vernünftigen und realistischen Standpunkten auf: Die AfD ist gegen die ideologisch motivierte Energiewende und die AfD ist gegen eine Sanktionspolitik, die uns selbst schadet. Die AfD ist zudem der Auffassung, dass die „Entlastungspakete“ von Bund und Ländern nicht an die Wurzel der Probleme gehen. **Die Altparteien nehmen den Bürgern das Brot und geben ihnen Krümel zurück.** Und dafür erwarten sie Dankbarkeit! Das ist eine Verhöhnung des gesunden Menschenverstands.

Ein Beispiel hierfür ist das Berliner „Netzwerk der Wärme“. Es ist Teil des 1,6 Milliarden Euro teuren Entlastungspakets bei uns in der Hauptstadt. Es geht beispielsweise um Hilfe für all jene, die durch die Preissteigerungen in Not geraten. Doch so löst man die selbstgeschaffenen Probleme nicht. **Dieses „Netzwerk der Wärme“ wäre gar nicht nötig, wenn es keine Außenpolitik der Kälte und keine fatale Energiewende geben würde!** Anders gesagt: Diese Krise müsste man nicht mit Entlastungspaketen entschärfen, wenn die Politik die Krise nicht selbst ständig verschärfen würde!

Für uns als AfD ist klar: Wir müssen die Politik in der Hauptstadt wieder an den Interessen unserer Bürger ausrichten. Nicht an den Interessen anderer. **Unser Land zuerst, Berlin zuerst! Energieknappheit? Fehler der Altparteien!**





# Meine Antwort:

## Interview mit Jeannette Auricht

**Frau Auricht, Sie sprechen von Verbesserungen. Wir leben aber in Krisenzeiten, da muss doch jeder Bürger den Gürtelenger schnallen, oder?**

Nein!

Wir haben zwar mehrere Krisen, die sich zu Lasten des Bürgers sogar überlagern. Aber die Krisen sind durch die Politik der Altparteien alle selbstverschuldet: Zum ersten die Inflation. Sie resultiert aus einer langjährig falschen Finanzpolitik durch Gelddrucken, Banken und Euro-Rettung, was nun unser Geld entwertet.

Die Energiewende ist ein Alleingang Deutschlands, der das Weltklima nicht retten kann, aber die Energiepreise hier explodieren lässt.

Und schließlich der Ukrainekrieg. Ich bin sicher, dass durch geschickte intensive Diplomatie auf oberster Ebene die Eskalation hätte verhindert werden können.

Und die Sanktionen schaden unserer Wirtschaft mehr als der russischen.

**Und welche Auswege sehen Sie? Was wollen sie tun?**

Nun auf Landesebene kann man erst einmal nur die Bürger entlasten. Die Steuermehreinnahmen, die der Staat durch die hohen Preise hat, müssen an die Bürger zurückgeben werden. Der Staat darf sich nicht auch noch an den hohen Preisen zu Lasten der Bürger bereichern. Geld ist offensichtlich immer noch genug

da, es fließt nur leider in viele falsche Kanäle und ideologische Projekte. An dieser Stelle müssen wir künftig viele Korrekturen vornehmen und dringend unsere eigenen Strukturen konsolidieren.

Deutschland besitzt keine Rohstoffe, die es verkaufen kann. Das Bruttosozialprodukt von Deutschland entsteht überwiegend durch Hände-Arbeit und Export. In einer zukunftssicheren Leistungsgesellschaft müssen die Erträge auch denen zugutekommen, die sie erarbeiten.

Es braucht auch eine Willkommenskultur für Unternehmer, Mittelständler und Handwerksbetriebe.



Meine Partei fasst das kurz zusammen: Deutschland zuerst!

**Aber wie wollen sie das erreichen, im Moment liegt ihre Partei bundesweit bei ca. 10 % und die anderen Parteien wollen keine Koalition mit ihnen eingehen.**

Ja, der Weg ist nicht leicht aber in einigen Bundesländern gibt es schon eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien auf kommunaler Ebene.

Viele Bürger haben einfach den falschen Eindruck von meiner Partei bekommen. Dieses falsche Bild müssen wir gerade rücken und wir müssen die Menschen überzeugen, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann.

Es geht um ihre Zukunft um ihr Land, ihre Arbeitsplätze und ihre Kinder.

Wir leben momentan nur noch von der Substanz.

Ich weiß nicht ob ihnen bekannt ist das seit 2014 jedes Jahr rund 250.000 Menschen Deutschland verlassen, weil sie für sich und ihre Familien hier keine gute Zukunft mehr sehen. Das sind rund 2 Mio. gut ausgebildete, meist junge Men-

**UNSER LAND ZUERST!**

schen, die der Meinung sind, dass es sich nicht mehr lohnt in Deutschland leistungsbereit zu sein und zu arbeiten.

Auch das ist ein Alarmsignal an die Politik das sich dringend etwas ändern muss.

Mit unserer Öffentlichkeitsarbeit müssen wir politischen Druck in den Parlamenten aufbauen und unsere Ziele durchsetzen. Dazu brauchen wir die Bürger, die Wähler!

**Welche Botschaft haben sie an die Bürger hier in Hellersdorf, hier in ihrem Wahlkreis?**

Die Mittel dort effektiv einzusetzen, wo sie jetzt dringend gebraucht werden, überflüssige Ausgaben in kritischen Zeiten streichen.

Die Menschen durch weniger Steuern und Abgaben entlasten.

Ich und meine Partei sind bereit Verantwortung zu übernehmen.

Unsere Bürger, unser Land zuerst, jetzt sind wir mal dran!

**Frau Auricht, ich danke Ihnen für dieses Gespräch.**

Ich danke Ihnen.

### Impressum


Alternative für Deutschland  
Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf  
Kurfürstenstraße 79, 10787 Berlin  
Telefon: 0157 864 22 444  
email-mahe@afd.berlin  
V.i.S.d.P.:

Alternative für Deutschland (AfD)  
Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf  
vertr. d. G. Lindemann  
Kurfürstenstraße 97, 10787 Berlin



Quellennachweis:  
pixabay, eigene

# Zukunft mit

A portrait of Jeannette Auricht, a woman with long brown hair, smiling. She is wearing a dark jacket and a necklace with a circular pendant. The background is a bright, slightly blurred outdoor scene with a building.

Wussten Sie, dass:  
⇒ die AfD für den  
Mindestlohn  
gestimmt hat?

⇒ die AfD die  
Abschaffung  
der Grundsteuer  
beantragt hat?

## Jeannette Auricht



# Sicherheit

Jetzt erst recht.



und:  
⇒ die AfD die Unterstützung der Tafeln beantragt hat

⇒ die AfD die Abschaffung der Hundesteuer beantragt hat

# AfD

BERLIN

# Wer Wagenknecht-Positionen will, muss AfD wählen!

**Absurd,  
aber wahr!**

Geht es Ihnen auch manchmal so? Man schaltet nach einem anstrengenden Tag den Fernseher ein, zappt sich durch. Und landet dann bei einer dieser Talkshows. Oft schaltet man einfach weiter. Wer kann dieses abgehobene Gerede ertragen? Anders ist es manchmal, wenn Sahra Wagenknecht zu Gast ist. Da kann man zuhören. Da kann man zustimmen!

Denn:

- Wagenknecht kritisiert die Russland-Sanktionen, weil sie zuallererst unserer Wirtschaft und unseren Bürgern schaden.
- Wagenknecht lehnt die ideologische „Energiewende“ ab, weil sie uns die Versorgungssicherheit zerstört.
- Wagenknecht stellt sich gegen „Offene Grenzen für alle“, weil sie weiß, dass ein funktionierender Sozialstaat Grenzen braucht.
- Wagenknecht sieht „Multikulti“ so, wie wir es heute kennen, nicht als Lösung an. Sie weiß, welche Folgen das

haben kann.

- Wagenknecht ist gegen die „Lifestyle-Linken“, der das penetrante Gendern und ein-tausend Geschlechter wichtiger sind als die berechtigten Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Sie hat also Recht!

**Wir als AfD teilen viele Positionen von Sahra Wagenknecht.**

Das Entscheidende ist hierbei: Wagenknechts Partei vertritt diese Positionen gerade eben nicht!

Die Partei „Die Linke“ ist für bestimmte Russland-Sanktionen, für eine „grüne“ Energiewende, für „Offene Grenzen für alle“, für „Multikulti“ ohne Einschränkung, für LGBTQ+-und Gender-Karneval! **Die Linkspartei ist damit inhaltlich zum direkten Gegenteil von Wagenknecht geworden. Und trotzdem wirbt sie für ihre Partei.**

Sind wir deshalb Wagenknecht-Gegner? Nein. Sie formuliert wichtige Erkennt-

nisse und bringt sie in die Öffentlichkeit ein. Dennoch muss jedem klar sein: Wagenknecht bleibt Mitglied in der Linkspartei, wo sie auf dem Abstellgleis steht. Inbesondere der Kurs der Berliner Linken ist dem Wagenknecht-Kurs krass entgegengesetzt! Wer also Wagenknecht mag und links wählt, wird Opfer eines Etikettenschwindels. Man wählt Wagenknecht – und wacht mit Katja Kipping als Berliner Senatorin auf.

**Wer Wagenknecht zustimmt, wählt daher besser direkt die AfD.** Da weiß man als Wähler, dass die Positionen unterstützt und nicht sabotiert werden!



# Ständige Zuwanderung - ständige Lügen

Von „Fachkräften“ und „Rentenbeitragszahlern“

**Weniger als 2% der Zuwanderer kommen zu Arbeitszwecken!**

Man kann es schon nicht mehr hören: Die Zuwanderung nach Deutschland ist ja ach-so notwendig, weil wir Fachkräfte benötigen. Ja und angeblich auch, weil wir so viele Rentner haben und so wenig Kinder ...

Politiker und Medien tragen dieses Mantra gebetsmühlenartig ständig vor sich her.

Ganz selten sickert aber auch mal die Wahrheit durch. So berichtet „Die Welt“ am 12.01.2023 über den **Migrationsbericht 2021**: „Nur ein Bruchteil der Zuwanderer kommt zu Arbeitszwecken“.

Für das Jahr 2021 waren von ca. 500.000 Zuwanderern aus nichteuropäischen Staaten nur ca. 10.000 zu Arbeitszwecken gekommen. Wir

sprechen also von ca. 2 Prozent. Die anderen bekommen Sozialleistungen.

In den letzten 6 Jahre, also seit 2015, haben nur ca. 2,7 % der „nach Deutschland Gekommenen“ eine Arbeit aufgenommen. Die anderen liegen „fachgerecht“ in der sozialen Hängematte und warten selber auf ihre Rente. Und wer bezahlt diese? Die, die schon länger hier leben. Leider ist das die Wahrheit. Glauben Sie nicht? Hier steht's:

<https://www.bamf.de/DE/Themen/Forschung/Veroeffentlichungen/Migrationsbericht2021/migrationsbericht-2021-node.html>





# Rot-Grün-Rot und das Ausländerwahlrecht

Wahlrecht für alle, Sozialstaat für alle! Das ist Berliner Regierungs-Politik. SPD, Grüne und Linkspartei wollen, dass alle Ausländer in Berlin künftig wählen dürfen. Bisher dürfen Ausländer aus Ländern der Europäischen Union (EU) lediglich kommunal wählen, Nicht-EU-Ausländer gar nicht. Rot-Rot-Grün möchte das alles grundlegend ändern: Denn 20 Prozent aller Ausländer aus Berlin, darunter insbesondere Araber und Afrikaner, dürfen zurzeit gar nicht wählen. In Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg sind es bis zu 40 Prozent.

rän zu entscheiden. Und dieser Souverän ist gemäß Grundgesetz das deutsche Volk! Das ist seit jeher bundesdeutsches Recht. Als Grundgesetz-Partei halten wir an der „Ewigkeitsklausel“ fest: Art. 79 Abs. 3 unserer Verfassung gibt nämlich eine Bestandsgarantie für verfassungspolitische Grundsatzentscheidungen. Das heißt konkret: **Das deutsche Volk als Souverän unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist unantastbar!**

Parteien?

Wir als AfD meinen: Dieses Vorhaben ist aus juristischen Gründen abzulehnen. Aber dieses Vorhaben ist auch aus politischen Gründen abzulehnen. Denn das Ausländerwahlrecht wird begleitet durch Vorstöße zum „Bürgergeld“. Hier schaut es so aus: Der Anteil der Ausländer an den Hartz-IV-Beziehern hat sich seit 2016 von 25 auf 45 Prozent erhöht. **Damit hat sich die Quote ausländischer Sozialleistungsempfänger innerhalb weniger Jahre nahezu verdoppelt!**

Aber Rot, Rot und Grün in Berlin denken sich wohl,

sie könnten das Staatsvolk beliebig erweitern. Das ist rechtswidrig. Ein gewisser Bertolt Brecht dichtete einst: „Wäre es doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?“

Der Angriff auf das Wahlrecht wird also begleitet vom Angriff auf den Sozialstaat! Wir als AfD meinen: Statt das Wahl- und Sozialsystem zu schützen, will die Berliner Regierung durch Geschenke an Ausländer immer weitere Migranten anziehen. René Springer, AfD-Bundestagsabgeordneter, sagt dazu: **„Im Ergebnis werden die deutschen Steuerzahler bald nur noch für Ausländer in den Sozialsystemen arbeiten.“**

Und 700.000 Ausländer in Berlin sollen dann künftig darüber abstimmen, ob es genau so weitergeht? Man sieht deutlich, dass es Rot-Rot-Grün um ewige Machtsicherung und ideologisch motivierte Experimente geht. **Nur eine starke AfD kann diesen Dammbbruch verhindern!**



**Erstmal die Berliner richtig wählen lassen, bevor man die ganze Welt an die Wahlurne holt!**

„Diese Diskriminierung muss einfach aufhören“, sagen Linkspolitiker. Wir als AfD sagen: Das ist keine Diskriminierung, sondern eine sachbezogen logische Sache: Über die Politik in diesem Land und in dieser Stadt hat der Souve-

raun zu entscheiden. Und dieser Souverän ist gemäß Grundgesetz das deutsche Volk! Das ist seit jeher bundesdeutsches Recht. Als Grundgesetz-Partei halten wir an der „Ewigkeitsklausel“ fest: Art. 79 Abs. 3 unserer Verfassung gibt nämlich eine Bestandsgarantie für verfassungspolitische Grundsatzentscheidungen. Das heißt konkret: **Das deutsche Volk als Souverän unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist unantastbar!**

**Schnipp!**

**Experte für Kürzungen: Berlins größter Weihnachtsbaum schnell mal gekürzt**

**Berliner Behörden „gehen“ in den Puff! Kosten: 100.000,- €**

**DINGSDA**  
Ex-Verteidigungsda-Ministerin Christine Lamprecht erklärt den Zuschauern das Wort „Panzer“!

**Kaum zu glauben!**

**Bundestags-Grüne beschwerten sich über Fachkräftemangel in der Wirtschaft und sind selber keine!**



# Wichtig:

## Willkommenskultur

Alle sollen herkommen, alle sollen sich wohlfühlen, alle werden gut versorgt.



## Missoir

Das hat sogar der kleine Populist noch nicht verstanden, Naja, auch Frauen sollen gut bequem pullern können.

## Diversität

Freie Wahl des Geschlechtes aus mehr als 60 Möglichkeiten.

Bi-gender - Frau zu Mann - Gender variabel - Demi-Boy - Demi-Girl - Pangender - Mann zu Frau - weder noch - Nicht-binär - Hetero ist so was von out



## Queer



## Quoten

Eignung und Qualifikation und Leistung ist egal. Heute ist die richtige Herkunft, Hautfarbe und Geschlecht wichtig.



## Gendersprech



Sprachlich ein Greul. Ideologisch eine Gängelung. Eine teure Scheinwissenschaft, die keinen Zweck erfüllt.

Kalt Duschen, keine Flüge, veganes Essen und kalte Stuben. Retten kann Deutschland das Klima im Alleingang nicht. Was machen andere Länder?

## Klimaneutralität



Autofahren das Leben schwer machen: Parkplatzklau, Spritverteuerungen, Straßensperrungen, Endlosbaustellen, sinnlose Feinstaub- und Dieselfahrverbote usw.



## Kampf gegen Autos

# Unwichtig:

## Armutszunahme

Zunehmende Verarmung der Berliner Bevölkerung, insbesondere ältere Menschen und Kinder.



## Bildung

Bildungsauftrag unerfüllt: Keine Lehrer, keine Schulen, ideologische Experimente. Letzter Platz im Ländervergleich trotz höchster Ausgaben.



# Was dem Senat wichtig ist und was nicht



## Wohnungen

Wohnungen werden immer knapper und damit teuer. Ewig angekündigter Neubau nicht realisiert. Zuzug unvermindert.

## Medizin

Alles kaputt gespart: Keine Ärzte, keine Schwestern, kein Pflegepersonal, keine Krankbetten, keine Medikamente, keine Termine ...



## Verwaltung

Überlastung seit Jahren, Dienstleistungen nicht möglich endlose Wartezeiten, Terminvergabe ein Glücksspiel

## Kriminalitätsbekämpfung

Kriminelle fühlen sich in Berlin sehr wohl! Die Aufklärungsquote ist gering, viele Verfahren werden verschleppt und die Justiz kuschelt lieber.



## Digitalisierung

Geht nicht voran: Anschaffung von Computern, die keiner nutzen kann, keine Software, keine Schulung, Einweisung etc.

